

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1949

Inhalt

Anhaltend günstige Entwicklung der Produktion und des Außenhandels, saisonbedingte Preissenkungen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Der Verbrauch an Handelsdünger — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Inländerfremdenverkehr — Außenhandel

Zur Problematik des Lebenshaltungskostenindex

Die allgemeine Problematik — Schwierigkeiten und Mängel der Indexberechnung — Zunehmende Wirklichkeitsnähe des Friedensverbrauchsschemas — Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Die Lage auf den internationalen Warenmärkten

Allgemeiner Überblick. Verbesserte Versorgungslage — Normalisierung der Preisstruktur — Maßnahmen zur Marktregulierung

Die Lage auf den einzelnen Warenmärkten. Getreide — Öle und Fette — Zucker — Genußmittel — Industrielle Rohstoffe: Wolle — Baumwolle — Kautschuk — Metalle — Petroleum — Kohle

Österreichische Wirtschaftszahlen. (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite.)

Anhaltend günstige Entwicklung der Produktion und des Außenhandels, saisonbedingte Preissenkungen

Während in den vergangenen Jahren außergewöhnliche Ereignisse — Währungsmaßnahmen am Jahresende 1945 und 1947, die Energiekrise im Winter 1946/47 — die Saisonschwankungen überdeckten, läßt die relativ ruhige und ungestörte Entwicklung in diesem Winter wieder saisonbedingte Einflüsse stärker hervortreten. So sind nach dem Höhepunkt vor den Weihnachtsfeiertagen die Preise und Umsätze sichtbar abgeflaut. Auch die Arbeitslage, die Produktion und der Verkehr unterliegen den allgemeinen, vom Wetter abhängigen Saisoneinflüssen der Wintermonate. Trotzdem ist die Gesamtentwicklung der Wirtschaft bemerkenswert günstig. Besonders gilt dies für den weiterhin stark steigenden Außenhandel.

Der nach Weihnachten einsetzende Umsatzrückgang hat bereits unmittelbar nach den Feiertagen einen stärkeren, zunächst noch vorwiegend saisonbedingten Preisdruck ausgelöst. Die Preissenkungen haben sich bis jetzt hauptsächlich auf den schwarzen und freien Märkten ausgewirkt und hier die vor Weihnachten erfolgten Preiserhöhungen weitgehend kompensiert. Die Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt sind von Mitte Dezember bis Mitte Jänner im Durchschnitt um 13% gesunken.

Beträchtlich zurückgegangen sind weiters die von den „schwarzen“ Devisenkursen abhängigen freien Preise für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade und Südfrüchte. Auch auf den amtlich preisgebundenen Märkten sind einzelne Preisrückgänge, vor allem bei hochwertigen Textilien, zu beobachten. Diese Preissenkungen kamen im Jänner im Lebenshaltungskostenindex allerdings noch nicht zum Ausdruck, da gleichzeitig die Preise für Gemüse und Kartoffeln saisonbedingt angezogen haben. Der Preisdruck wird sich vermutlich erst in den nächsten Monaten auch im Index auswirken.

Während sich also auf verschiedenen Gebieten eine Tendenz sinkender Preise anbahnt, drängen einzelne Preise und Tarife zu einer Korrektur nach oben. (Unmittelbar aktuell erscheint eine Neuordnung der Kohlenpreise, deren Subvention vorläufig nur bis Ende Februar läuft.) Die Wirtschaftspolitik steht damit wieder vor einer Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Es fragt sich, ob gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem erstmals seit der Schockwirkung des zweiten Preis-Lohn-Abkommens die Preise wieder zu sinken beginnen, der aus verschiedenen Gründen heilsame Prozeß der Preissenkung abermals gestört werden soll, oder ob es nicht

zweckmäßiger wäre, mit den — im einzelnen sicher berechtigten und auf längere Sicht auch unvermeidlichen — Preis- und Tarifierpassungen stillschweigend (ohne daß immer wieder kurzfristige Termine gesetzt werden) zuzuwarten, bis die gestiegene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft eine Normalisierung des Preisgefüges weniger gefahrvoll macht. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß angesichts der nur unvollkommen funktionierenden Preisbindungen Preiserhöhungen nicht auf einzelne kostenmäßig begründete Fälle beschränkt werden können, sondern fast automatisch das *gesamte* Preisniveau der Wirtschaft heben. Die unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Lebenshaltungskosten könnten abermals die Lohnseite in Bewegung bringen — mit allen sich daraus nicht nur für die Wirtschaft, insbesondere für den Export, sondern auch für das Budget der öffentlichen Körperschaften ergebenden Konsequenzen. Es läßt sich schon überschlägig berechnen, daß der Staat annähernd den gleichen Betrag, den er durch den Abbau der Subventionen gewinnt, durch erhöhte Personal- und Sachausgaben wieder verliert. Eine verstärkte Irrealität des gegenwärtigen Wechselkurses (ein zusätzliches Exporthemmnis), neue Unruhe und ein vertieftes Mißtrauen in die Währung und damit eine weitere Lähmung des Sparwillens müßten zusätzlich in Kauf genommen werden. Auf der anderen Seite besteht begründete Hoffnung, daß die österreichische Wirtschaft dank der Marshall-Plan-Hilfe im Laufe des Jahres 1949 auf volle Touren gelangen und mit einer höheren Effizienz leichter in der Lage sein wird, Korrekturen im Preisgefüge ohne ernstere Rückwirkungen zu verarbeiten. Nicht zuletzt sollte auch daran gedacht werden, daß die sichtbare Entspannung (und der zu erwartende Preisdruck) auf den internationalen Rohstoffmärkten (siehe S. 18 ff.) in einem etwas späteren Zeitpunkt den Abbau einzelner Subventionen wesentlich erleichtern wird. Vielleicht werden dann auch manche heute ins Auge gefaßte Preiskorrekturen in einem anderen Lichte erscheinen.

Natürlich kann die Normalisierung der Preisstruktur (durch Abbau der noch bestehenden Subventionen und Regulierung einzelner zurückgebliebener Preise und Tarife) nicht beliebig aufgeschoben werden. Es erschiene jedoch ratsam, die unvermeidlichen Kostenerhöhungen der Wirtschaft erst dann aufzubürden, bis sie leistungsfähig genug ist, diese Belastung ohne Rückwirkungen auf die Preise zu tragen bzw. bis Kostensenkungen auf anderen Gebieten die unvermeidlichen Preiserhöhungen kompensieren.

Auf dem Gebiete der *Währung* dürfte nach dem starken Anstieg des Notenumlaufes im Dezember um 247 Mill. S zunächst eine leichte Entspannung zu erwarten sein. Die weitere Entwicklung des Geldvolumens hängt weitgehend von der Verwendung der Schillingerlöse aus den ERP-Lieferungen ab. Nachdem bereits im Dezember 1948 über einen größeren Betrag des Hilfsfonds (1.450 Mill. S), der sich bis Ende 1948 angesammelt hatte, verfügt worden war, stellt sich nun für das Jahr 1949 neuerlich das Problem, welche Teile des Restbetrages sowie der laufend eingehenden Erlöse zur Deckung des Budgetdefizites und für produktive Investitionen wieder in die Wirtschaft strömen und welche Beträge im Interesse der Währungssicherung endgültig stillgelegt werden sollen. Die Entscheidung, die nicht allein in den Händen der österreichischen Regierung liegt, ist sowohl für das Budget, für die Währungslage und die Preisentwicklung als auch für die Investitionstätigkeit, die Produktionsentwicklung und damit auch für die Arbeitslage von größter Bedeutung.

Die drohende *Stromkrise*, die anfangs Jänner durch die Abnahme der Kohlenvorräte in den kalorischen Kraftwerken entstanden war, konnte durch eine erhöhte Kohlenbelieferung der kalorischer Werke zu Lasten anderer Verbrauchergruppen vermieden werden. Dadurch konnte die Industrie im Monat Jänner, abgesehen von einigen energieintensiven Betrieben (Aluminiumerzeugung), im bisherigen Umfang mit Strom versorgt werden.

Die *gewerbliche Produktion* stand im November (Gesamtindex 100·7) auf fast gleicher Höhe wie in den vorangegangenen Monaten September (101·5) und Oktober (101·3) und lag nur wenige Punkte unter dem bisherigen Höchststande (August 103·9). Die geringe Veränderung spiegelt im wesentlichen nur die normale Saisonbewegung wider, die durch den Rückgang der Stromerzeugung und der Baustoffproduktion (mit Ausnahme von Zement) bedingt ist. Einzelne Industrien, wie die Schwerindustrie, die Zementindustrie, die Textilindustrie und die Magnesitindustrie konnten im Dezember ihre Produktion sogar beträchtlich erhöhen.

Die relativ günstige Entwicklung der industriellen Produktion wirkt sich auch auf den *Arbeitsmarkt* aus. Der Beschäftigtenstand ist zwar seit Oktober leicht zurückgegangen und dürfte auch in den kommenden Wintermonaten weiter sinken. Die Zahl der Arbeitslosen hat dementsprechend auch etwas zugenommen. Der Rückgang der Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit dürfte jedoch voraussichtlich nicht einmal das normale saison

bedingte Ausmaß erreichen, da der Winter ziemlich milde ist und einige Industrien, die durch das Anlaufen von ERP-Lieferungen ihre Produktion erhöhen konnten (z. B. Textilindustrie), zusätzliche Arbeitskräfte beanspruchen.

Im *Außenhandel* hält die steigende Tendenz unvermindert an. Die Ausfuhr ist im November trotz leicht rückläufiger Produktion um 14,5% gestiegen und erreichte mit 219 Mill. S den bisherigen Höchststand seit Kriegsende. Auch die Einfuhr hat sich beachtlich erhöht, teilweise bereits unter dem Einfluß von ERP-Lieferungen, die in der Handelsstatistik nicht getrennt ausgewiesen werden. Durch die günstige Entwicklung in den letzten Monaten hat der Außenhandel den Vorsprung anderer Wirtschaftszweige zum Teil aufgeholt. Im III. Quartal

1948 betrug das Ausfuhrvolumen (bei Ausschaltung der Preisveränderungen) erst 55,9% des Jahres 1937, gegenüber einem Volumen der industriellen Produktion von 102,5%. Im November erreichte das Ausfuhrvolumen dagegen bereits rund 70%, während der Produktionsindex mit 100,7% nahezu unverändert blieb. Eine weitere Erholung des Außenhandels wird, abgesehen von dem zu erwartenden saisonmäßigen Rückschlag zu Jahresbeginn in dem Maße schwieriger werden als sich der Außenhandel dem Niveau der industriellen Produktion nähert. Außerdem ist mit einer verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten zu rechnen, da die Nachkriegskonjunktur in vielen Staaten abflaut und auf einigen Märkten bereits Anzeichen einer beginnenden Stagnation zu beobachten sind.

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 25—26.

Der *Notenumlauf* erhöhte sich im Dezember durch den Eskont von Wechseln und Schatzwechseln (zusammen rund 516 Mill. S) sowie durch Abhebungen von den freien Giro Guthaben bei der Nationalbank (rund 73 Mill. S) um weitere 247 Mill. S (von 5.388 Mill. S auf 5.635 Mill. S). Gleichzeitig nahmen die freien Guthaben öffentlicher Stellen um 311 Mill. S zu, so daß per Saldo der Gesamtumlauf (Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank) um rund 485 Mill. S gestiegen ist.

Die zeitlich gesperrten Guthaben der öffentlichen Stellen bei der Nationalbank haben im Dezember durch die Freigabe von 1.450 Mill. S aus den Schillingerlösen für ausländische Hilfslieferungen um rund 1.418 Mill. S abgenommen. Die Differenz von 32 Mill. S zwischen dem freigegebenen Betrag und der tatsächlichen Abnahme der Sperrkonten öffentlicher Stellen ergab sich als Saldo der neu eingelaufenen Hilfslieferungserlöse und der am 10. Dezember erfolgten Deblockierung durch das Währungsschutzgesetz gesperrter Gelder öffentlicher Stellen¹⁾.

Der aus dem Hilfsfonds im Dezember freigegebene Betrag von 1.450 Mill. S wurde auf der Passivseite des Notenbankausweises abgebucht und dementsprechend auf der Aktivseite die Post „Forderungen an den Bundesschatz“ in gleicher Höhe ver-

¹⁾ Im Zuge der Währungsreform wurden bekanntlich 25% der Einlagen der öffentlichen Stellen gestrichen und 25% auf ein Jahr gesperrt.

mindert. Ein Teilbetrag von 850 Mill. S soll endgültig stillgelegt werden. Die restlichen 600 Mill. S werden dagegen wieder in den Umlauf strömen, da die Nationalbank bis zu diesem Betrag Finanzwechsel aufnehmen wird, die von der staatlichen und von der privaten Industrie zur Finanzierung von Investitionen ausgegeben werden. Die staatliche Industrie hat allerdings die ihr zugedachten Kredite bereits ab Sommer 1948 (auf Grund des Gesetzes zur Sicherung des Geldbedarfes staatlicher Unternehmungen) in Form von Bundesvorschüssen beansprucht, so daß nunmehr die Wechselvaluta zur Rückzahlung dieser Vorschüsse verwendet werden muß. Dementsprechend erschienen im Dezember im Eskontportefeuille der Nationalbank bereits für rund 250 Mill. S derartige von den staatlichen Unternehmungen stammende Wechsel, deren Gegenwert gleichzeitig zum größten Teil als Vorschußrückzahlung auf den freien Girokonten öffentlicher Stellen einlief.

Die nach Abzug der Wechselkontierungen verbleibende Erhöhung des Eskontportefeuilles ist zum Teil auf die neuerliche Hereinnahme von 122 Mill. S Bundesschatzscheinen nach § 27 W. Sch. G. zurückzuführen, wodurch fast der gesamte Betrag, der ausgeben werden durfte, in die Hand der Nationalbank übergegangen ist. Außerdem wurden für weitere 142 Mill. S Schatzscheine nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbank-Überleitungsgesetz eskontiert. Ihr Bestand hat sich damit bereits auf rund 390 Mill. S erhöht. Auf diese Weise erhalten die Kreditinstitute nunmehr die von ihnen vor der Währungsreform zur